

P/AVLIII/108

Bonn, den 10. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 2	Steuerleistung zur Vermögensbildung ? Band und Länder im Widerstreit Von Heinrich G. Ritzel, MdB	63
2a	Untauglich, sinnlos und schädlich Zu den Verhaftungen von Zonenjournalisten	33
3 - 4	Schlesien und das Diktat des Jahres 1945 10. Deutschlandtreffen der Schlessier in Köln Von Dr. Herbert Hupka	89
5 - 6	Die politischen Folgen Nach dem Tode Johannes XXIII. Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	

Chefredakteur G. Markscheffel
(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Eckler

Steuerleistung zur Vermögensbildung ?

Bund und Länder im Widerstreit

Von H.G. Ritzel MdB

Der Vermittlungsausschuß hat gesprochen, der Bundestag muß nun entscheiden. Der sozialdemokratische Vorschlag auf Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von bisher 35 % auf 38 % war realistisch, er fand die Billigung des Vermittlungsausschusses. Der Vorschlag der Bundesregierung auf Beteiligung des Bundes mit 40,5 % war unrealistisch, er verfiel der Ablehnung.

Damit steht die Frage offen, wie das noch verbleibende Defizit von rund einer Milliarde gedeckt werden soll. Die Sozialdemokraten haben eine Verlagerung von vermögenswirksamen Ausgaben aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt vorgeschlagen, also die Aufbringung von nahezu einer Milliarde DM auf dem Anleihenweg statt durch neue Steuerbelastung. Sie ließen sich dabei von dem Gedanken tragen, daß es wirklich nicht zu rechtfertigen ist, Grundstücke zu kaufen, kostspielige Gebäude zu errichten und andere vermögenswirksame Ausgaben zu leisten, die direkt in einem Jahr aus Steuermitteln finanziert werden sollen.

Die Bundesregierung und die Regierungsparteien wollten es anders, sie wollten eine Verschiebung dieser noch fehlenden Milliarde auf die Länder, Zugegeben, daß die Länder bei Streichung entsprechender Ausgabenansätze in ihren Etats diese Milliarden auch noch hätten übernehmen können. Aber: sie wären dann nicht mehr in der Lage gewesen, den von ihnen zu betreuenden Gemeinden ausreichend zu helfen. Wer die unverkennbaren Notstände in den Gemeinden kennt - die Sorgen um die Wasserversorgung, um die vielfach fehlende Kanalisation, um fehlende Klassenzimmer und ganze Schulen, wer um die Sorgen der großen Städte zur Überwindung der Verkehrsnot weiß, der weiß auch, daß eine Kürzung der Länderüberweisungen an die Gemeinden entweder in den Gemeinden eine weitere Verschuldung erzwingt oder eine empfindliche Erhöhung der ohnedies krisenempfindlichen

Gewerbesteuer unvermeidbar macht. Beide Möglichkeiten sind keine akzeptablen Lösungen. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger als eine Verschiebung einer Milliardenlast auf den schwächsten Partner im unvollkommenen Spiel des mangelhaften Finanzausgleichs. So geht es nicht!

Wie soll es anders gehen? Die Länder haben bestimmte Streichungsvorschläge zur Kürzung des Bundeshaushalts gemacht. Sie sind z.T. unrealistisch. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat schon früh einer gründlichen Durchforstung des Verteidigungshaushalts das Wort geredet. Bei aller Bejahung der Notwendigkeit der Landesverteidigung ist sie auch heute noch der Auffassung, daß eine kritische nochmalige Durchsicht des Verteidigungshaushalts positive Resultate erbringen wird. Sie sieht auch Möglichkeiten, Teile der unabweisbaren Leistungen auf dem Gebiete der Wiedergutmachung, so von Restitutionschäden und Reparationsleistungen durch Ausgabe von lang- und mittelfristigen Schuldverschreibungen des Bundes zu finanzieren und damit den Haushalt zu entlasten. Dieser Weg muß ja nicht gerade dazu führen, daß nach Art der Kriegskassen aus den napoleonischen Kriegen noch zu Beginn des nächsten Jahrhunderts besondere Kassen geführt werden. Aber es ist gerechtfertigt, die riesenhaften Schuldverpflichtungen aus dem Hitlerkrieg nicht gerade nur der jetzigen Generation aufzulasten!

Bundesbankpräsident Blessing hat sich gegen eine weitere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund ausgesprochen. Der sozialdemokratische Finanzexperte Dr. Alex Müller hat dazu in gründlicher Weise Stellung genommen. Die Bundesbank wünscht keine Steuererhöhungen also darf sie sie auch bei den Gemeinden nicht wünschen! Sie wünscht keine weitere Verschuldung des Bundes (der am geringsten verschuldet ist, wenn man Bund, Länder und Gemeinden in dieser Hinsicht vergleicht). Dann darf die Bundesbank aber auch keine weitere Verschuldung der Gemeinden und Kreise wünschen!

Die bevorstehende Entscheidung des Bundestags muß diese Gesichtspunkte berücksichtigen, sie muß zugleich eine konstruktive Finanz- und Steuerpolitik einleiten.

Untauglich, sinnlos und schädlich

sp - Die Verhaftung des Chefredakteurs des kommunistischen Deutschlandsenders (Ostberlin) Grasnick hat einigen Wirbel ausgelöst; die Herren in Pankow ergehen sich in wilden Drohungen und künden Re-pressalien an. Grasnick wird maßgebliche Förderung der Ziele der illegalen KP, Geheimbündelei und staatsgefährdender Nachrichtendienst vorgeworfen; den unmittelbaren Anlaß zu seiner Verhaftung gaben seine Berichte über den Verlauf des Prozesses gegen das DFC-Mitglied Lorenz Knorr vor dem Schöffengericht in Solingen.

Angesichts der berüchtigten Praxis, die in Sachen Justiz in Mitteldeutschland geübt wird, bestünde für die Herren in Pankow am wenigsten Anlaß zu Geschrei. Viele Hunderte werden im Laufe eines Jahres in der Zone verhaftet, ohne daß davon die Öffentlichkeit etwas erfährt. Was den Verhafteten geschieht, entzieht sich ebenfalls der Kenntnisnahme. Oft verbringen sie Monate und Jahre hinter sowjetzonalen Gefängnismauern, ehe es zu einer Anklage, zu einer Verurteilung oder - auch das tritt hier und da ein - zu einer Freilassung kommt. Hier spielen sich im Dunkel der Anonymität Tragödien menschlicher Existenzvernichtung ab.

Gleiches mit gleichem zu vergelten wäre gewiß bei uns unangebracht und würde mit dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit nicht in Einklang zu bringen sein. Freilich muß man in diesem Zusammenhang fragen, ob die Justizbehörden der Bundesrepublik gut beraten sind, wenn sie ausgerechnet in den Zonenjournalisten, die bei uns tätig sind, oder gelegentlich in die Bundesrepublik von drüben entsandt werden, die gefährlichsten Feinde unseres Staates erblicken, sie verhaften lassen, um ihnen dann früher oder später wieder die Freiheit zu schenken. Diese Verhaftungen sind vom Standpunkt unserer Sicherheit untauglich, sinnlos und schädlich.

Untauglich und sinnlos, weil sie das wahre Netz konspirativer kommunistischer Tätigkeit nicht erfassen und bloßlegen und schädlich, weil sie den Machthabern der Zone die erwünschte Gelegenheit geben, sich als die Beschützer von unschuldig Verfolgter aufzuspielen, eine Rolle, die ihnen wahrlich nicht zukommt. Etwas mehr Überlegung und Zurückhaltung bei Verhaftungsbefehlen Zonenjournalisten betreffend wäre schon angebracht.

Schlesien und das Diktat des Jahres 1945

10. Deutschlandtreffen der Schlesier in Köln Von Dr. Herbert Hupka

Es mag unstritten sein, ob das Schlesiertreffen vor zwei Jahren in Hannover, der Hauptstadt des Patenlandes für Schlesien, oder jetzt in Köln, der Patenstadt der schlesischen Landeshauptstadt, eine größere Besucherzahl aufwies, fest steht, daß noch keine politische Kundgebung vorangegangener Treffen so stark besucht war wie im vergangenen Sonntag in Köln. Der Grund hierfür: zum ersten Mal traten in Westdeutschland (anders verhält es sich in West-Berlin) Bundeskanzler Adenauer und Berlins Regierender Bürgermeister Brandt gemeinsam auf einer politischen Kundgebung auf; zum anderen hatte die unstrittene Fernsehsendung "Polen in Breslau" die Schlesier, die sonst lieber in den Messehallen beim Familientratsch geblieben waren, mobil gemacht.

Schon während der festlichen Stunde bei der Eröffnung des Schlesiertreffens war diese Fernsehsendung Thema der Ansprachen. Kölns Oberbürgermeister Burauen ging davon aus, daß es zwar wahr sei und eine Realität, wenn gezeigt werde, wie heute in Breslau Polen leben und wirken, "der Wahrheit Ursprung aber ist, daß das über tausendjährige Breslau in seiner Stadtstruktur, seinen herausragenden Bauten, seinem kulturellen Boden und seiner Geschichte auch heute noch eine deutsche Stadt ist." Burauen warnte davor, sich nur mit Halbwahrheiten abspesen zu lassen und erinnerte die Publizisten an die Mitverantwortung für das ganze und freie Deutschland.

Ob es angesichts dieser Fernsehsendung klug war, daß der Norddeutsche Rundfunk den Verfasser der unstrittenen Fernsehsendung, Chefreporter Neven-duMont, nach Köln als Hauptberichterstatteer entsandte und auf der erhöhten Fernseh Bühne postierte, muß bezweifelt werden.

Die Wogen der Erregung gingen auch darum gleich sehr hoch, es kam zu heftigen Innutsäußerungen, die man schon deshalb bedauern kann, weil durch deren Aufbausung in der Öffentlichkeit die wahre politische Bedeutung dieses Treffens nicht zum Ausdruck kommt.

Wicht hinter den Rücken der Vertriebenen

Den stärksten Beifall erhielt auf der Hauptkundgebung der 140 000 Berlins Regierender Bürgermeister, der an der Spitze der schlesischen Jugend aus Berlin auf dem Festplatz eingezogen war. Brandt hatte sofort das Ohr der versammelten Schlesier, als er ihr Ton vor dem Verdacht des Nationalismus in Schutz nahm und es als "unsachlich und ungehörig" verurteilte, "wenn man von 'Berufsflüchtlingen' spricht." Er wiederholte sein Wort, das er bereits 1961 geprägt hatte: "Deutsche Ostpolitik darf nie hinter den Rücken der Heimatvertriebenen gemacht werden." Wenn schon von Realitäten gesprochen werden müsse, darn sei

nicht nur die Teilung eine Realität, sondern auch "die Ursache, die von der ungelösten deutschen Frage ausgeht". Was 1945 geschehen sei, nannte Brandt ein "Diktat, eine wirkliche Aussöhnung zwischen den Völkern kann es nur geben, wenn die Völker etwas verbindlich miteinander vereinbaren. Wer die Oder-Neisse-Linie als eine Grenze bezeichnet, die innerlich von deutschen Volk akzeptiert ist, der belügt die Polen, auch den Polen ist mit falschen Freunden nicht gedient."

Brandt vergaß nicht darauf zu verweisen, "daß die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ohne den Anteil Ostdeutschlands eine veretümmelte Geschichte wäre". Ferdinand Lassalle, Paul Löbe, Otto Braun, Kurt Schumacher wurden ausdrücklich erwähnt. Den von Adenauer formalisierten Appell nach Einigkeit in den nationalen Fragen griff Brandt sofort auf und bestätigte die Notwendigkeit der Einigkeit bezüglich "der Forderungen der deutschen Existenz und unserer gemeinsamen Zukunft".

Adenauer hatte keinen ausgesprochen guten Tag, als er zu den Schlesiern sprach. Er zitierte, um die Vertriebenen gegen die Vorwürfe vor allem des Auslandes in Schutz zu nehmen, die 1950 verkündete Charta der Vertriebenen, und beschwor die Namen der berühmten schlesischen Dichter, wobei er gestand, daß Eichendorff zu seinen Lieblingsdichtern während seiner Jugend gehört habe. Im Hinblick auf die aktuelle Politik verband er mit der "sehr vorsichtigen Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen" zu Polen die Hoffnung, daß diese der Weg zu einer besseren politischen Entwicklung bahnen könnten. Ziel künftiger deutscher Politik müsse es sein, als Gegenstände zu der gegenwärtigen westeuropäischen Ordnung auch eine osteuropäische Ordnung in Freiheit zu etablieren. Über die Möglichkeiten hierzu konnte er selbstverständlich keinerlei Auskunft erteilen.

Frei von Nationalismus und Revanchismus

Schade war, daß der ausgezeichnete Festvorsitz des Freiburger Rechtshistorikers Dr. Hans Thieme während der festlichen Eröffnung des ganzen Treffens zu spät gehalten wurde. Thieme hatte sicherungslos die deutsche Schuld gegenüber Polen herausgestellt, gleichzeitig aber auch die deutsche Rechtsposition klar umrissen: "Hundert Jahre Unrecht sind noch kein Tag Recht!" Thieme warnte aber auch davor, bei der Durchsetzung des Rechts selbst Unrecht zu begehen.

Das Kölner Schlesiertreffen 1963 stand unter dem Leitwort "Bekanntnis zu Schlesien". Dieses Bekenntnis wurde nicht nur von den Hunderttausenden in Köln versammelten Schlesiern abgelegt, nicht nur von den verantwortlichen Vätern der deutschen Politik bestätigt, es fand auch sein Echo bei der Jugend. 12 000 Jugendliche wurden gezählt, darunter zahlreiche ausländische Jugendgruppen, mit denen die Schlesier Freundschaft geschlossen haben. Es war in Köln sicherlich kein bloßes Lippenbekenntnis gängiger Unverbindlichkeit, sondern ein politisches Bekenntnis frei von Nationalismus und Revanchismus, wofür der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Biederich als Patenonkel der Schlesier erinnere. Dieses politische Bekenntnis von Hunderttausenden sollte man nicht leichtfertig abtun, sondern in die Politik des Heute und Morgen ernsthaft einbeziehen.

Die politischen Folgen

Nach dem Tode Johannes XXIII.

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Nur wer 1958 den Tod des vorhergehenden Papstes, Pius XII., in Rom miterlebt hatte, kann den gewaltigen Unterschied zum heutigen Ereignis ermessen. Damals trauerte die katholische Welt um ihr Kirchenoberhaupt; aber der Geist des berühmten Ausspruchs "morto un Papa se ne fa un altro" (stirbt ein Papst, so macht man einen anderen) bewahrte seine ganze Gültigkeit. Heute ist die Stimmung in Rom und im ganzen Lande verschieden. Zum ersten Mal trauert die g a n z e Bevölkerung um den Papst. Es erheben sich vor dieser allgemeinen Trauer weder politische, noch soziale noch religiöse Schranken. Wer in diesen Tagen mit dem Volke Roms auf dem St. Petersplatz war, weiß, daß selbst die auf dem Platz selber zelebrierte Messe kein gewöhnlicher Ritus war.

Man hätte es vor Jahren kaum für möglich gehalten, daß die Sprache der Linkspresse, der extremen Linkspresse, in diesen Tagen sich kaum von derjenigen des offiziellen Organs des Vatikans unterscheidet. Niemand, wie Johannes XXIII., hatte es verstanden, seiner Amtswürde eine menschliche Substanz und menschliche Wärme zu verleihen. Die vox populi hat ihn bereits "il Papa buono" definiert; "der gute Papst". Jedermann spürt, daß mit dem Tode Johannes XXIII. eine Lücke entstanden ist, und daß der traditionelle Ausspruch, wenn ein Papst sterbe, man einfach einen anderen mache, zum ersten Male seine innere Bedeutung verloren habe. Die Frage, die sich heute das "popolino", das einfache Volk, stellt, stimmt mit derjenigen der Politiker überein: wird jemals ein anderer Papst die Gaben eines weitblickenden Politikers mit denjenigen eines großen Herzens vereinen können?

Sorge um die Nachfolge

In den politischen Kreisen der Hauptstadt wird eine gewisse Besorgnis um die Nachfolge nur schlecht verborgen. Es ist, als hätte man den festen Boden unter den Füßen verloren. Obschon Johannes XXIII. es stets vermieden hat, massiv in die italienische Politik einzugreifen - wie dies seine Vorgänger wiederholt getan hatten - übte Johannes XXIII. gerade durch seine Toleranz und seine Koexistenz-Politik einen entscheidenden Einfluß auf die Geschichte Italiens aus.

So groß war dieser indirekte Einfluß, daß die Rechtspresse des Landes nach dem Linksruck des Wahlergebnisses nicht davor zurückschreckte, den Papst mehr oder weniger zu beschuldigen, diesen Linksruck heraufbeschworen zu haben.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß der im Februar 1962 gestartete, geschichtemachende Versuch einer Regierung des linken Zentrums - also einer Zusammenarbeit zwischen dem politischen Katholizismus und den Linksozialisten - ohne der indirekten Zustimmung Johannes XXIII. nie hätte zustandekommen können. Es war dies eine Zusammenarbeit, die in Italien längst reif und fertig war, welche aber im gegebenen Augenblick stets sabotiert worden war. Es ist auch kein Geheimnis, daß diese Sabotage-Aktion besonders von einem Teil der römischen Kurie ausging und dort ihre hartnäckigsten Befürworter fand.

Mit einem in die Geschichte eingehender Satz Johannes XXIII. wurde der "Öffnung nach links" grünes Licht gegeben. Als die Vertreter des rechten Flügels der römischen Kurie, darunter Kardinal Ottaviani, den Papst zu überzeugen versuchten, daß dieser Versuch des linken Zentrums unheilvolle Folgen für das Land haben könnte, meinte der Papst: "Laßt sie machen; es sind alles meine Kinder!"

Unersetzlicher Verlust

Die Beseitigung des Kreuzzugeistes, die Brücke, die nicht nur zwischen Anhängern verschiedener Religionen, sondern auch verschiedener politischer Bekenntnisse geschlagen wurde, das Versöhnliche zwischen West und Ost, das Johannes XXIII. während seines allzu kurzen Pontifikats eingeführt hatte, ja selbst der Empfang Abschubeijs und der Tochter des sowjetischen Premiers, sind alles Taten, die den Geist jenes berühmten Ausspruchs in sich tragen: "Es sind alles meine Kinder!" Trotz der unverhüllten Kritik, der sich Johannes XXIII. vonseiten der Rechten des Landes aussetzte, ist heute - nach der allgemeinen und tiefempfundnen Trauer, die seinem Tode gefolgt ist - die Frage durchaus berechtigt, ob dieser Papst mit seiner Toleranz und seinem Verständnis für Andersdenkende nicht mehr zur Stärkung der katholischen Kirche beigetragen hat, als die meisten seiner Vorgänger.

Schon jetzt spüren die Politiker den unersetzlichen Verlust dieses verschönden Mannes. Moro, der mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden ist, werden bereits große Hindernisse in den Weg gelegt. Die Gegner eines Gesprächs mit den Linksozialisten bekommen Auftrieb. Die Wahl des neuen Papstes wird unzweifelhaft einen indirekten Einfluß auf die Politik des Landes ausüben. Das Bindeglied zwischen der italienischen Politik und dem Vatikan bleibt nach wie vor die Democrazia Cristiana. Man weiß ja, wie zerrissen diese Partei in ihrem Inneren ist, und wie gerade jetzt, nach dem Mißerfolg der politischen Wahlen, der rechte Flügel den verlorengegangenen Boden wieder zu gewinnen versucht.

Druck auf Moro

Der rechte Flügel der Democrazia Cristiana versucht bereits diesen unglücklichen Zufall, daß der Tod des Papstes sich gerade zu einer Zeit ereignete, als eine Regierungsbildung im Gange war, zu seinen Gunsten auszunutzen. Eine bestimmte Gruppe versucht bereits jetzt auf Moro, welcher mit Vorsicht und mit großer politischer Geschicklichkeit die Linie des Papstes außerhalb des Vatikans gedeckt hat, einen nur schlecht verborgenen Druck auszuüben.

Der Tod Johannes XXIII. hat der politischen Entwicklung, die Italien begonnen hatte, einen großen Schlag versetzt. Die zukünftige Entwicklungslinie wird zu einem großen Teil von Wirken aller Kräfte bedingt sein, welche Johannes XXIII. während seiner Amtszeit in Bewegung gesetzt hat. Da der neue von Johannes XXIII. eingeleitete Kurs der Kirche, der Geist, von dem die Enzyklika "Frieden auf Erden" getragen wird, im Zuge der Zeit liegt, ist es kaum wahrscheinlich, daß dieser Kurs gänzlich zum Stillstand gebracht werden kann. Aber es wird ein harter Kampf sein, und der Ausgang desselben wird für das politische Schicksal Italiens von wesentlicher Bedeutung sein.